

Werner Seitz

Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2003: Standortbestimmung und mögliche gleichstellungspolitische Strategien

Referat an der Plenarsitzung der Eidg. Kommission für Frauenfragen, 22. Juni 2004

Übersicht

Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2003 sollen in dreifacher Hinsicht analysiert werden: (1) Die Frauen bei den Nationalratswahlen 2003 und (2) die Frauen bei den Ständeratswahlen 2002/03; bei beiden Wahlen wird zuerst das Wichtigste der Ergebnisse zusammengefasst und anschliessend werden diese in die Entwicklung der eidg. Wahlen seit 1971 eingebettet und mit Wahlen in den Kantonen verglichen. Abgeschlossen werden diese Analysen mit (3) einer Standortbestimmung und mit Überlegungen für weiter führende Strategien.

1 Die Frauen bei den Nationalratswahlen

Bei den Nationalratswahlen 2003 wurden 52 Frauen gewählt; das sind 5 mehr als 1999 (47 Frauen). Der Frauenanteil ist somit um 2,5 Punkte auf 26% gestiegen. Dies ist das beste Ergebnis seit der Einführung des Frauenstimmrechts.

1.1 Vergleich der gewählten Frauen bei den Nationalratswahlen 2003 und bei den Nationalratswahlen 1999

Die seit einigen Jahren geltende Faustregel wurde erneut bestätigt: Die Gewählten der Linken und Grünen haben in etwa Parität zwischen Frauen und Männern erreicht; je weiter rechts sich eine Partei positioniert, umso niedriger ist der Frauenanteil.

Tabelle 1

Nationalratswahlen 2003 und 1999:
Gewählte Frauen und Männer nach Parteien

Parteien	2003			1999			Diff. 2003 / 1999		Parteien
	F	M	F in %	F	M	F in %	F	F in %	
FDP	7	29	19.4	9	34	20.9	-2	-1.5	FDP
CVP	9	19	32.1	8	27	22.9	+1	+9.3	CVP
SPS	24	28	46.2	20	31	39.2	+4	+6.9	SPS
SVP	3	52	5.5	3	41	6.8	0	-1.4	SVP
LPS	1	3	25.0	1	5	16.7	0	+8.3	LPS
LdU				0	1	0.0			LdU
EVP	0	3	0.0	0	3	0.0	0	0	EVP
CSP	0	1	0.0	0	1	0.0	0	0	CSP
PdA, Sol.	1	2	33.3	0	3	0.0	+1	+33.3	PdA, Sol.
Grüne (FGA, GPS)	7	7	50.0	6	3	66.7	+1	-16.7	Grüne (FGA, GPS)
SD	0	1	0.0	0	1	0.0	0	0	SD
EDU	0	2	0.0	0	1	0.0	0	0	EDU
Lega	0	1	0.0	0	2	0.0	0	0	Lega
Total	52	148	26.0	47	153	23.5	+5	+2.5	Total

Mehr gewählte Frauen als 1999 hatten bei den Nationalratswahlen 2003 die SPS (+4) sowie die CVP, die PdA und die Grünen (je +1).

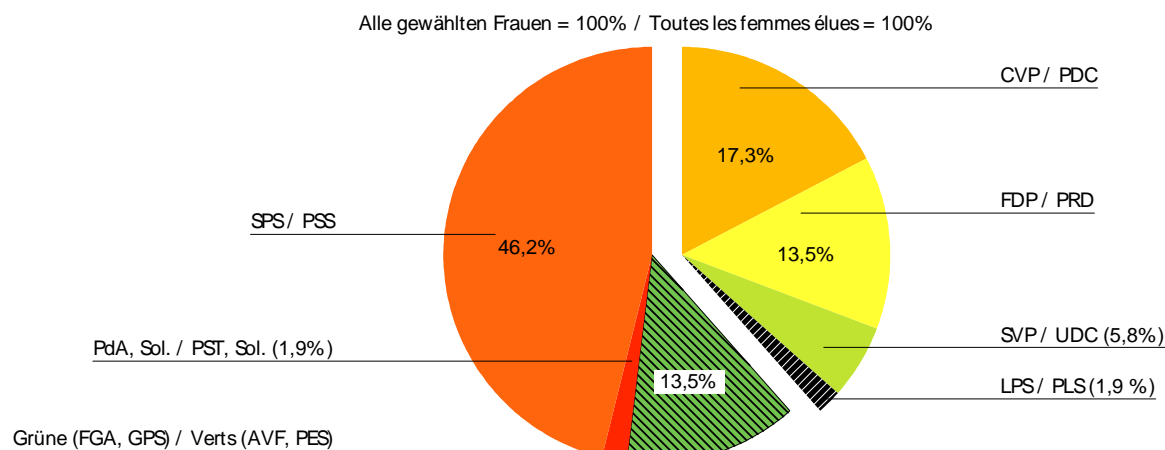
Prozentual legten die CVP-Frauen am stärksten zu: von 23% auf 32%. Dadurch, dass sie sich um 1 Mandat steigerten und die Männer 8 Mandate verloren, stieg ihr Anteil in der CVP-Delegation von 23% auf 32%. Das Gegenstück zur CVP bildet hier die SVP, welche 11 Mandate dazu gewann, alles Männersitze, während die Zahl der gewählten Frauen bei 3 stagnierte; dadurch sank der Frauenanteil auf 5,5%.

Weniger Frauen als 1999 hatte die FDP (-2); dadurch sank der Frauenanteil unter die 20%-Marke.

1.2 Gewählte Frauen bei den Nationalratswahlen 2003, nach Parteien

Grafik 1

Nationalratswahlen 2003: Gewählte Frauen, nach Parteien Elections au Conseil national de 2003: femmes élues, selon les partis

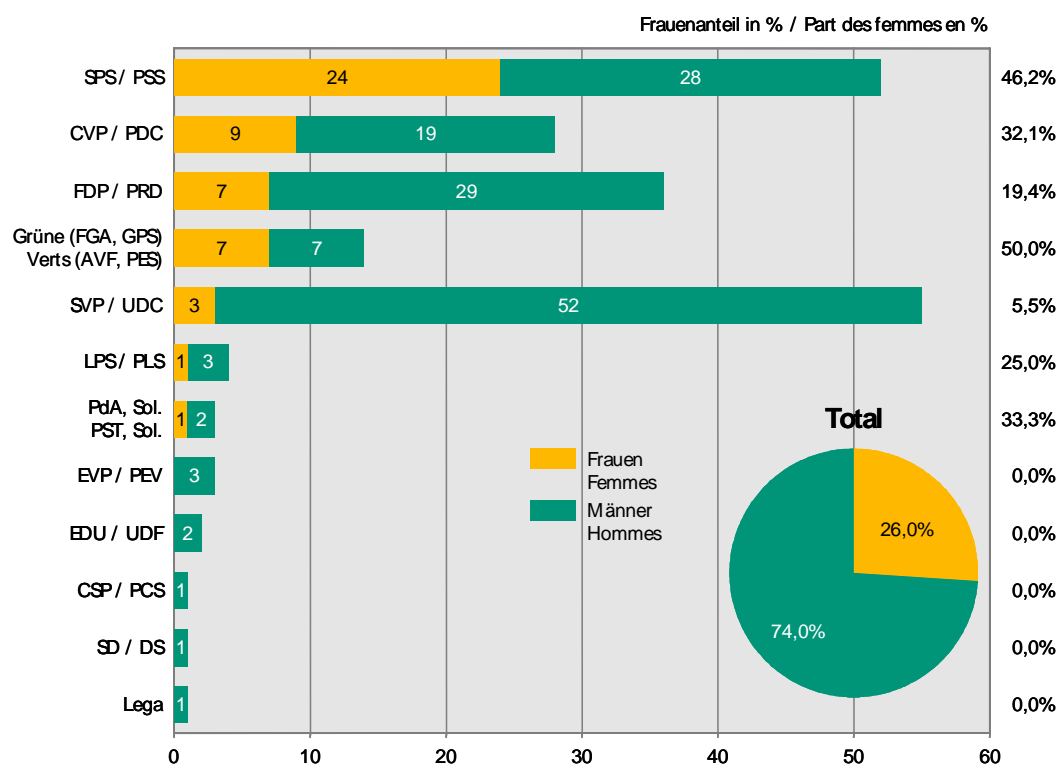


Eine klare Mehrheit der 2003 gewählten Frauen (61,5%) gehört der SPS, den kleinen Linksparteien oder den Grünen an; 38,5% stammen von den bürgerlichen Parteien FDP, CVP, SVP und LPS. Diese *parteilpolitische Polarisierung* zeigt sich noch deutlicher, wenn berücksichtigt wird, dass die bürgerlichen Parteien im Nationalrat über die Mehrheit der Mandate verfügen: Sie nehmen 61,5% aller Mandate ein; Linke und Grüne haben dagegen zusammen nur 34,5% der Mandate inne.

Dasselbe parteipolitische Muster zeigt sich, wenn wir die Verteilung von Frauen und Männer in den einzelnen Parteien analysieren.

Grafik 2

Nationalratswahlen 2003: Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien



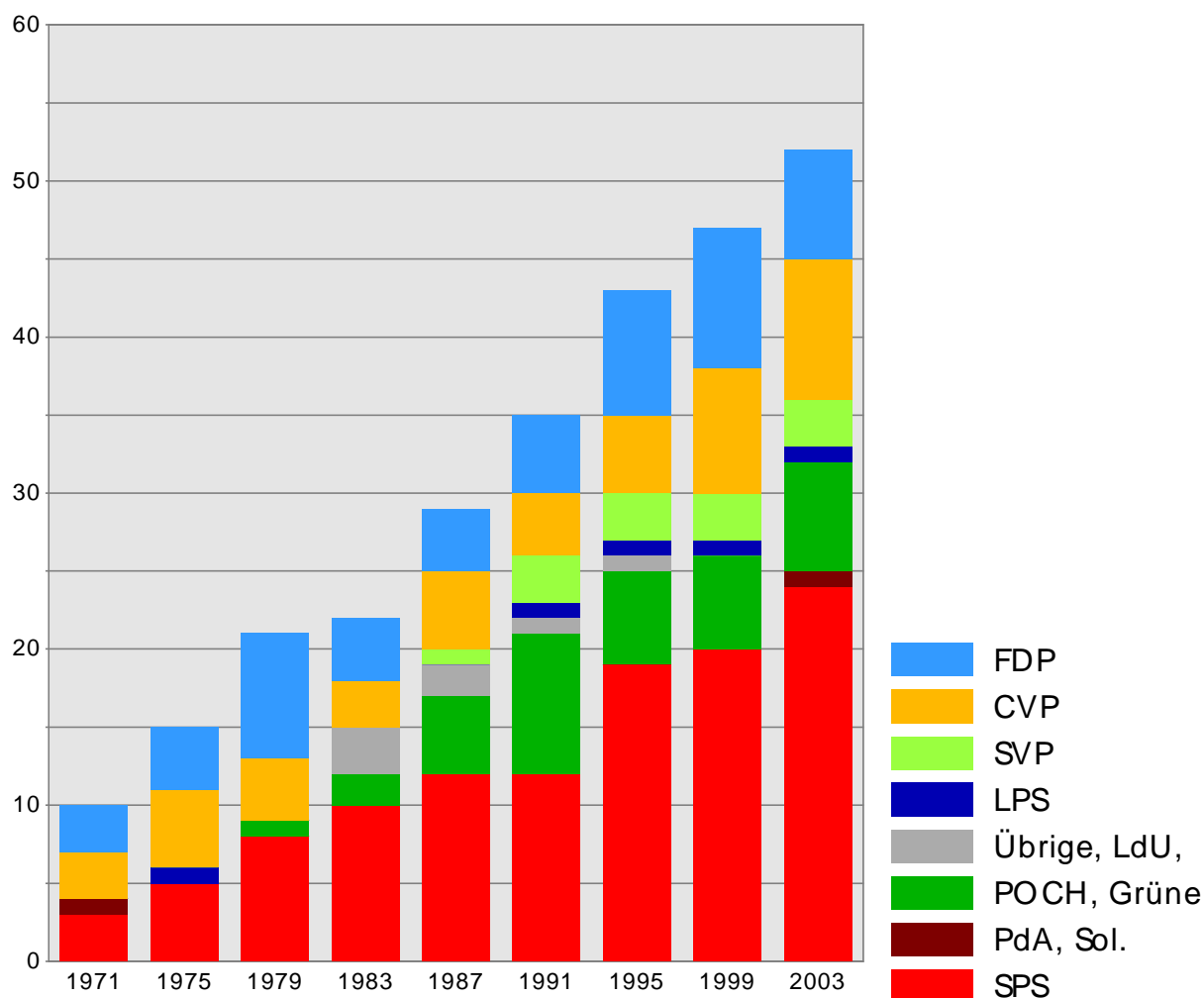
Geschlechterparität haben einzig die *Grünen* (7 Frauen, 7 Männer), gefolgt von der *SPS* mit 46% Frauen (allerdings mit den meisten Frauen: 24 Frauen, 28 Männer). Bei den kleinen Linksparteien (PdA, Sol.) beträgt der Frauenanteil 33%. Überdurchschnittlich hoch (32%) war der Frauenanteil auch bei der CVP (9 Frauen, 19 Männer), während er bei der LPS knapp unter den schweizerischen Durchschnitt zu liegen kam (25%).

Bei 20% hängen geblieben sind die Frauen in der *FDP*. Bei der *SVP*, der Partei mit der grössten Mandatszahl im Nationalrat, sank der Frauenanteil noch einmal ab auf 5,5% (3 Frauen, 52 Männer); dies ist der niedrigste Wert für die SVP seit den Neunzigerjahren. Bei den *Rechtsparteien* (SD, EDU, Lega), bei der EVP und der CSP – alles Parteien mit nur wenig Mandaten – wurde noch nie eine Frau gewählt

1.3 Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1971–2003

Das Frauenstimmrecht wurde in der Schweiz bekanntlich erst 1971 eingeführt. Bei den ersten Wahlen in den Nationalrat reüssierten die Frauen mit einem Anteil von gut 5% unter den Gewählten. Bei den folgenden Wahlen vermochten sie ihre Vertretung kontinuierlich zu steigern: Zu Beginn der Achtzigerjahre überschritt sie die 10%-Marke und Mitte der Neunzigerjahre die 20%-Marke. Gegenwärtig beträgt der Anteil der gewählten Frauen im Nationalrat 26%.

Grafik 3
Nationalratswahlen 1971 – 2003: Anzahl gewählte Frauen nach Parteien



In den Siebzigerjahren gehörten die meisten gewählten Frauen im Nationalrat einer der drei grossen Bundesratsparteien (FDP, CVP, SPS) an.

In den Achtzigerjahren setzte eine *parteilpolitische Polarisierung der Frauenrepräsentation* ein: Mit dem Aufkommen der Grünen und der Hinwendung der SPS zu den neuen Mittelschichten erfolgte *bei den rotgrünen Parteien eine Feminisierung*, die ihren Niederschlag in der steigenden Zahl der gewählten Frauen fand. So stammen denn seit 1983 mehr als die Hälfte aller Nationalrätinnen aus den Reihen der SPS und der Grünen, obwohl diese Parteien im Nationalrat zusammen nur einen Viertel bis einen Drittel aller Mandate innehaben. *Diese Polarisierung schritt fort und bei den jüngsten Wahlen 2003* gehörten nun 59% aller gewählten Frauen entweder der SPS an oder den Grünen; Zu den bürgerlichen Parteien FDP, LPS, CVP und SVP gehören gerade 38% (die absoluten Zahlen: SP 24 Frauen; Grüne: 7 Frauen; FDP/LPS/CVP/SVP: zusammen 20 Frauen).

Tabelle 2

Nationalratswahlen 1971 – 2003: Anteil gewählte Frauen, nach Parteien
(Partei = 100%)

Partei	1971	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999	2003	Kantonale Parlamente 2000 / 2003
FDP	6.1	8.5	15.7	7.4	7.8	11.4	17.8	20.9	19.4	20.4
CVP	6.8	10.9	9.1	7.1	11.9	11.4	14.7	22.9	32.1	18.8
SPS	6.5	9.1	15.7	21.3	29.3	29.3	35.2	39.2	46.2	42.6
SVP	0.0	0.0	0.0	0.0	4.0	12.0	10.3	6.8	5.5	11.4
LPS	0.0	16.7	0.0	0.0	0.0	10.0	14.3	16.7	25.0	16.7
PdA, Sol.	20.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	33.3	35.5
POCH, Grüne			33.3	33.3	38.5	60.0	60.0	66.7	50.0	45.5
Rechtsparteien	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	5.6
LdU, EVP, CSP, Übrige	0.0	0.0	0.0	23.1	16.7	9.1	16.7	0.0	0.0	29.9
Frauen in %	5.0	7.5	10.5	11.0	14.5	17.5	21.5	23.5	26.0	24.2
Anzahl Frauen	10	15	21	22	29	35	43	47	52	709

= über dem schweizerischen Durchschnitt

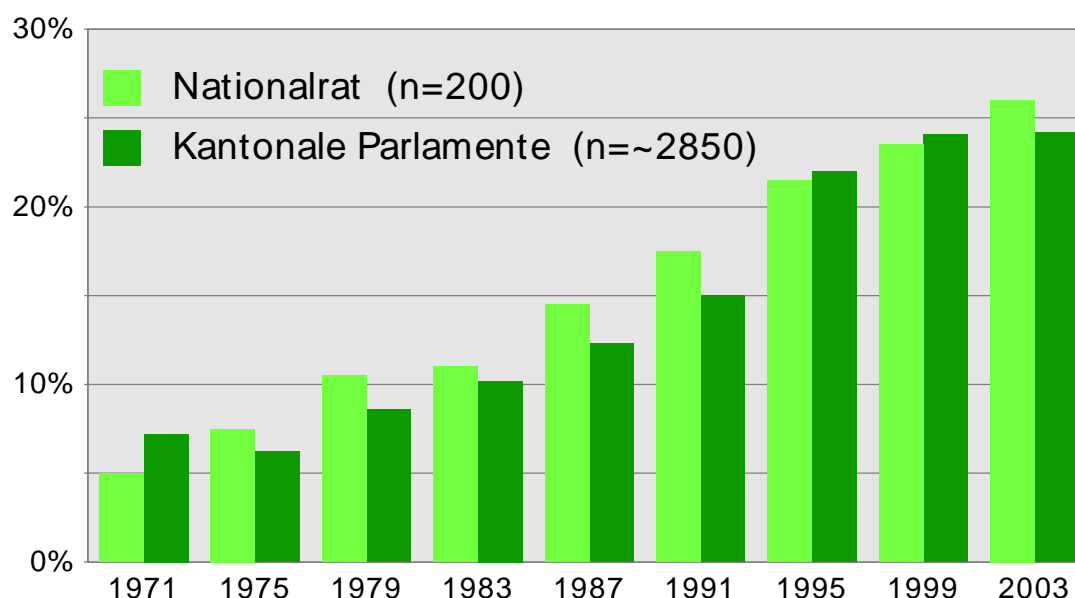
1.4 Die Frauen bei den Nationalratswahlen und bei den kantonalen Parlamentswahlen

Dasselbe parteipolitische Verteilungsmuster der in den Nationalrat gewählten Frauen --- «je weiter rechts, desto weniger Frauen» -- zeigt sich **auch in den kantonalen Parlamenten**. Über 40% Frauen finden sich bei der SP und den Grünen (GP, FGA), bei CVP und FDP sind es rund 20% Frauen. Der Frauenanteil der SVP beträgt 11%; bei den kleinen Rechtsparteien insgesamt ist er niedriger als 10% (siehe Tab. 2).

Dieselbe Ähnlichkeit in der Entwicklung der Frauenvertretung im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten zeigt sich auch in historischer Perspektive (siehe Grafik 4).

Grafik 4

Die Entwicklung der Frauenvertretung 1971 – 2003

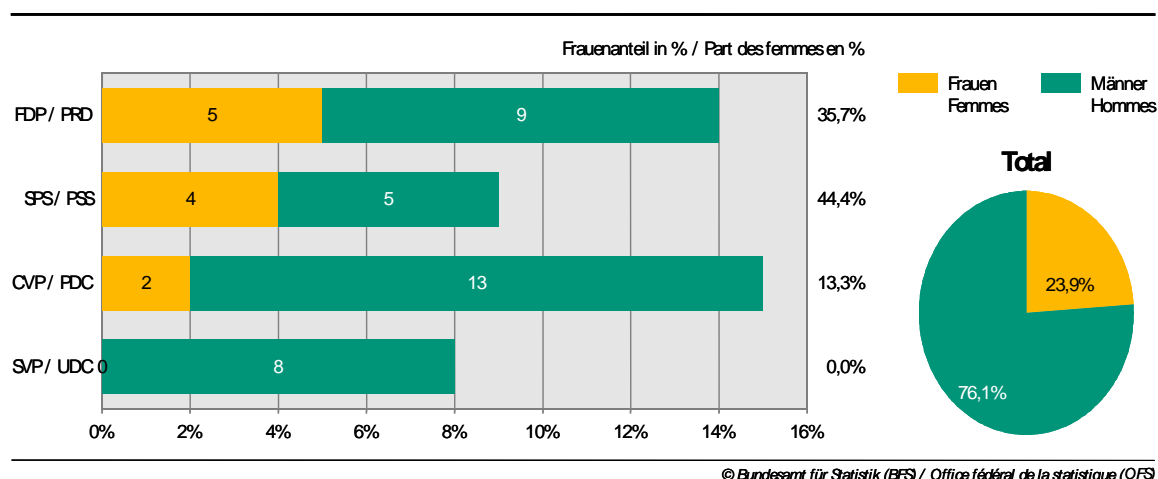


2 Die Frauen bei den Ständeratswahlen

Verschieden ist dagegen die Verteilung der gewählten Frauen nach Parteien im Ständerat: Fast 2/3 der Ständerätinnen (7 von 11) gehören einer bürgerlichen Partei an (5 FDP, 2 CVP); 4 Ständerätinnen sind Mitglied der SPS.

Grafik 5

Ständeratswahlen 2002/2003: Gewählte Frauen und Männer, nach Parteien



Die grössten Frauenanteile fanden sich bei den jüngsten Ständeratswahlen in der SPS und in der FDP: Unter den SPS-Abgeordneten waren 44% weiblich (4 Frauen, 5 Männer), bei der FDP betrug der Frauenanteil 36% (5 Frauen, 9 Männer). Die CVP stellte 2 Ständerätinnen und 13 Ständeräte (13%). Die SVP ist mit 8 Männern und keiner Frau im Ständerat vertreten.

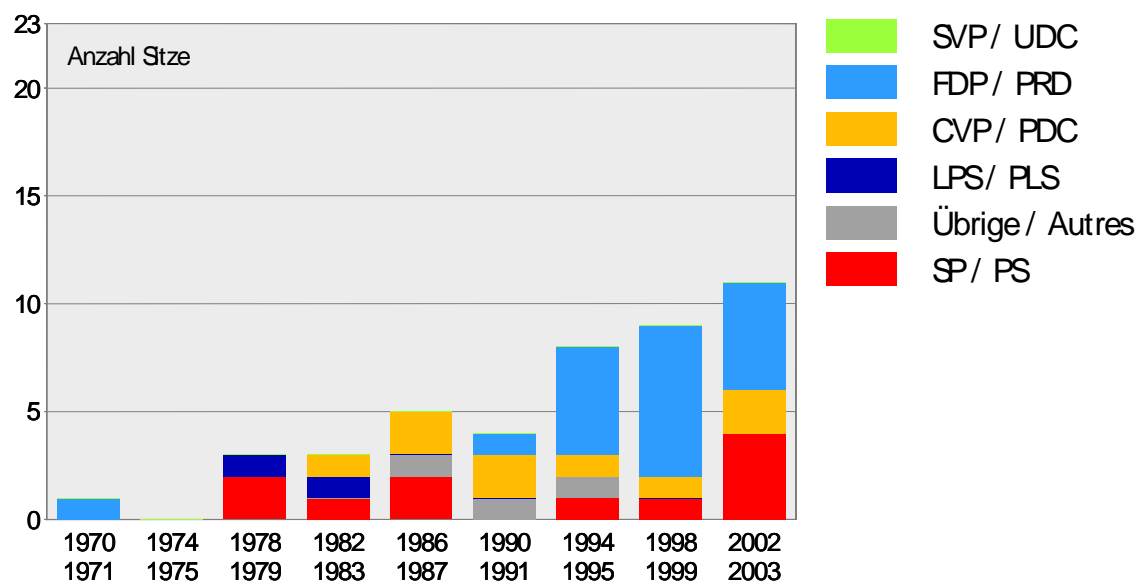
2.1. Die Frauen bei den Ständeratswahlen 1971–2003

Bei den drei *Ständeratswahlen* in den Siebzigerjahren wurden nur wenige Frauen gewählt (1971: 1 Frau; 1975: keine; 1979: 3 Frauen). Bis 1995 betrug der Frauenanteil im Ständerat rund 10% (3–5 Frauen); darauf steigerte er sich auf 17% (1995) bzw. 20% (1999). Bei den jüngsten Wahlen erreichte der Frauenanteil im Ständerat 24% (11 Frauen, 35 Männer).

Haben in diesen beiden politischen Institutionen SP und vor allem die Grünen nur wenige Mandate inne, kommt die Rolle, Frauen in diese Gremien zu bringen, der SP und vor allem den bürgerlichen Parteien zu – letztere hatten bis in die Mitte der Neunzigerjahre kaum wahrgenommen.

Grafik 6

Ständeratswahlen 1971 – 2003: Anzahl gewählte Frauen nach Parteien



Die meisten Frauen finden sich auch hier bei FDP und SP (FDP: 12 Frauen; 31 Männer; SPS: 11 Frauen, 19 Männer).

Dasselbe parteipolitische Vertretungsmuster zeigt sich auch anhand der Frauenanteile (Tab. 3)

Tabelle 3

Ständeratswahlen 1971 – 2003: Anteil gewählte Frauen, nach Parteien

(Partei = 100%)

Partei	1971	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999	2003	Kantonale Regierungen 1999 / 2003
FDP	6.7	0	0	0	0	5.6	29.4	41.2	35.7	27.9
CVP	0	0	0	5.6	10.5	12.5	6.3	6.7	13.3	8.5
SPS	0	0	22.2	16.7	40.0	0	20.0	16.7	44.4	36.7
SVP	0	0	0	0	0	0	0	0	0	17.6
LPS	0	0	33.3	33.3	0	0	0	0	0	42.9
Übrige	0	0			100.0	50.0	100.0	0		
Frauen in %	2.3	0	6.5	6.5	10.9	8.7	17.4	19.6	23.9	21.5
Anzahl Frauen	1	0	3	3	5	4	8	9	11	34

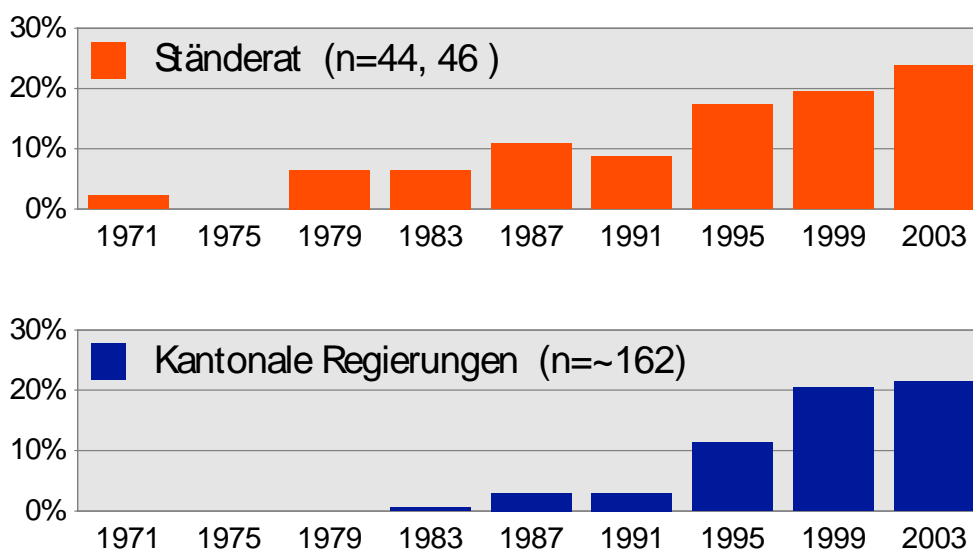
= über dem schweizerischen Durchschnitt

2.2 Die Frauen bei den Ständeratswahlen und bei den kantonale Regierungswahlen

Ähnlich wie bei den Anteilen der gewählten Frauen bei den Nationalratswahlen und bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente gibt es eine Entsprechung zwischen den Frauenanteilen im Ständerat und in den kantonalen Regierungen: Späte Einsitznahme in den politischen Institutionen; massiver Anstieg in den Neunzigerjahren.

Grafik 7

Entwicklung der Frauenvertretung 1971 – 2003



3 Zwei Repräsentationsmuster, zwei Wahlsysteme

Bei der geschilderten Entwicklung der Frauenrepräsentation in den politischen Institutionen der Schweiz können *zwei verschiedene Muster* festgestellt werden:

- 1) Im *Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten* waren die Frauen seit der Einführung des Frauenstimmrechts präsent, und ihr Anteil steigerte sich kontinuierlich von 5% auf gegen 25%. Nationalrat und kantonale Parlamente sind grosse Kammern mit relativ vielen Sitzen, welche meistens nach dem *Proporzsystem* vergeben werden. Viele Frauen wurden auf den Wahllisten der rotgrünen Parteien gewählt.
- 2) Erst mit Verzögerung wurden Frauen in den *Ständerat, in die kantonalen Regierungen (und in den Bundesrat)* gewählt. Gegenwärtig sind die Frauen mit über 20% im Ständerat und in den kantonalen Regierungen vertreten. Diese Behörden bestehen aus wenigen Sitzen und werden meistens nach dem *Majorzsystem* gewählt. Viele Frauen wurden von SP und FDP gewählt.

3 Fazit und mögliche Strategien zur Verbesserung

Mit dem Effort der Neunzigerjahre haben die Schweizer Frauen in den politischen Institutionen den Anschluss an Europa gefunden. Gemäss einer Zusammenstellung der Interparlamentarischen Union liegt die Schweiz mit ihrem Frauenanteil von 26% (Nationalrat) auf Platz 12 von 36; sie liegt also im vorderen Drittel.

Tabelle 4
Die Frauen in den nationalen Parlamenten der europäischen Staaten (1999 / 2003)

Rang	Staaten	Grosse Kammer		
		Sitze insgesamt	Gewählte Frauen	Frauenanteil (in %)
1	Schweden	349	158	45.3
2	Dänemark	179	68	38.0
3	Finnland	200	75	37.5
4	Niederlande	150	55	36.7
5	Norwegen	165	60	36.4
6	Belgien	150	53	35.3
7	Österreich	183	62	33.9
8	Deutschland	603	194	32.2
9	Island	63	19	30.2
10	Spanien	350	99	28.3
11	Bulgarien	240	63	26.3
12	SCHWEIZ	200	52	26.0
13	Kroatien	151	31	20.5
14	Polen	460	93	20.2
15	Slowakei	150	29	19.3
16	Portugal	230	44	19.1
17	Estland	101	19	18.8
18	Mazedonien	120	22	18.3
19	England	659	118	17.9
20	Tschechien	200	34	17.0
21	Luxemburg	60	10	16.7
22	Irland	166	22	13.3
23	Moldavien	101	13	12.9
24	Frankreich	577	70	12.1
25	Slowenien	90	11	12.2
26	F. Liechtenstein	25	3	12.0
27	Italien	618	71	11.5
28	Zypern	56	6	10.7
29	Rumänien	345	37	10.7
30	Litauen	141	15	10.6
31	Ungarn	386	38	9.8
32	Griechenland	300	26	8.7
33	Malta	65	5	7.7
34	Russland	449	34	7.6
35	Albanien	140	8	5.7
36	Türkei	550	24	4.4

Quelle: Union Interparlementaire – Genève (Internet, 20.10.2003)

Die Schweiz ist somit in Sachen politischer Frauenpartizipation kein europäischer Sonderfall mehr, sie ist heute weitgehend ein *gleichstellungspolitischer Normalfall*. Ein «Normalfall» zu sein, ist aber eine schlechte Voraussetzung für eine weitere Verbesserung der Repräsentation von Frauen – und eine solche ist aber nötig, denn die Frauenvertretung liegt noch lange nicht bei 50%. Und wieder einmal stellt sich die Frage: «*Was tun*»

Dass es möglich ist, dauerhaft eine Frauenvertretung von rund 40% in den politischen Institutionen zu erreichen, zeigen die *nordischen Staaten*. Diese haben jedoch eine politische Kultur, welche relativ offen ist für die Gleichstellung von Frauen und Männern – auch das Frauenstimmrecht haben sie als erste vor dem ersten Weltkrieg eingeführt – und sie verfügen über gewisse Quotensysteme.

In beiden Punkten kann die Schweiz nicht mithalten.

- 1) die politische Kultur der Schweiz ist eher konservativ
- 2) das schweizerische Wahlsystem bietet den Wählenden viele Möglichkeiten, die Wahllisten zu verändern (kumulieren, panaschieren, streichen). Dies verträgt sich schlecht mit Quoten (diese Rechte, welche sich die Wählenden nicht einschränken lassen wollen, werden übrigens mehrheitlich zuungunsten der Frauen genutzt). Zudem ist Forderung nach einer Geschlechterquote für Wahllisten oder für Parlamente und Regierungen nach den verschiedenen Vorstössen und Volksabstimmungen in den Neunzigerjahren für längere Zeit weg vom Tisch.

Die letzten zwanzig Jahre haben jedoch gezeigt, dass es Möglichkeiten gibt, den Frauenanteil in den politischen Institutionen zu verbessern. Ich möchte folgende drei Akteure bzw. Institutionen hervorheben:

1) *Die Parteien.* Sie sind bekanntlich die Hauptakteure bei den Wahlen und sie verfügen über beträchtliche Möglichkeiten, die Frauenrepräsentation zu verbessern. Ein Beispiel für eine solche Verbesserung ist die SP, welche bis in die Achtzigerjahre hinein nur wenige Frauen in Parlament und Regierung hatte (Bsp. SP-BE). Dieser Wandel zeigt sich eindrücklich bei einem Vergleich der Ereignisse von 1983 und 1993. Während 1983 noch Otto Stich die Wahl anstelle von Lilian Uchtenhagen annahm, war dies zehn Jahre später bei Francis Matthey nicht mehr der Fall: Er schlug seine Wahl aus und machte Ruth Dreifuss Platz. *Es ist also möglich, eine Partei zu feminisieren, aber das geht nicht ohne Auseinandersetzungen.*

2) *Die Medien:* Sie spielten beim grossen Anstieg der Frauenvertretung in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre eine wichtige Rolle. Sie thematisierten die Untervertretung der Frauen in den politischen Institutionen breit und setzten damit die Parteien unter Druck, sich zu rechtfertigen und etwas zu verändern. Profitiert von diesen Diskussionen haben einerseits die SP-Frauen, welche in ihrer Partei und in den politischen Institutionen zu einem eigentlichen Durchmarsch ansetzten, es haben aber auch die Frauen bei den bürgerlichen Parteien CVP und FDP profitiert.

3) Für den Vormarsch der Frauen in den Neunzigerjahren gibt es – neben den sensibilisierten Parteien und Medien – eine weitere Erklärung: *die verpönten Geschlechterquoten.* Solche wurden mit einem guten Dutzend Volksinitiativen und parlamentarischen Vorstössen gefordert. Sämtliche Quoten-Vorlagen scheiterten zwar in der Vorbereitungsphase oder in der Volksabstimmung und zwar durchwegs mit schlechten bis sehr schlechten Ergebnissen. Trotzdem erreichten die Quotenvorstössen, dass in den Neunzigerjahren auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene die Untervertretung der Frauen in den politischen Institutionen zu einem *Dauerthema* wurde, was die Parteien zu *Rechenschaft bzw. zum Handeln* zwang.

Diese drei Faktoren – die Parteien, die Medien und die direktdemokratischen Instrumente – scheinen mir mittelfristig am wirksamsten zu sein.

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen bearbeitet diese Bereiche schon seit längerer Zeit:

- 1) *Parteien*: Die Gespräche mit den Parteien wurden über Jahre geführt; in letzter Zeit waren sie nicht mehr besonders erfolgreich (die SVP hat sich verabschiedet). Die Frauenkommission kann sich zwar nicht in die Diskussionen der Parteien einmischen; aber wenn sich die Gelegenheit böte, zumindest mit den bürgerlichen Mitteparteien (CVP und FDP) ins Gespräch zu kommen, wäre dies sicher wirkungsvoll – denn wenn es diese beiden Parteien schaffen, mehr Frauen in die politischen Institutionen zu delegieren, wird die Schweiz bald «nordische Verhältnisse» haben.
- 2) *Medien*: Die eidg. Frauenkommission hat mit ihren Medienanalysen zu den Nationalratswahlen (1995, 1999, 2003) europäische Pionierarbeit geleistet. Diese sollte unbedingt weiter geführt werden.
- 3) *Direktdemokratische Vorstösse* entziehen sich den Möglichkeiten der EKF. Trotzdem soll nicht vergessen werden, dass diese ein ideales Instrument sind, eine gesellschaftliche Diskussion auszulösen.

Neben den erwähnten Faktoren gibt es noch eine Palette von weiteren Massnahmen und Instrumenten wie das *Mentoring-Projekt*. Wichtig scheint mir bei all diesen Projekten, dass sie öffentlich vorgestellt und diskutiert werden, weil damit das Thema der Untervertretung der Frauen auf der politischen Agenda bleibt.

Denn, in einer Demokratie ist der beste Weg zur Veränderung die Kommunikation und die öffentliche Diskussion. Ohne die breite Diskussion der Untervertretung der Frauen und ohne Motivierung der Parteien wird sich in nächster Zeit in Sachen Gleichstellung in der Politik nicht mehr viel bewegen. Wenn es aber gelingt, die Medien für das Thema der Frauenvertretung in den politischen Institutionen wieder zu interessieren, und wenn es gelingt, die bürgerlichen Parteien CVP und FDP für einen erneuten Effort in Richtung mehr Frauen in Parlament und Regierung zu gewinnen, dann dürfte es mit der Frauenvertretung nochmals einen schönen Schritt vorwärts gehen.